

Freie Software - Förderung in Deutschland

Markus Bechedahl / newthinking communications

25.05.2005 @ Linuxwochen in Wien

Gliederung

- Die Open Source - Strategie der Bundesregierung
- Wo ist die Strategie?
- Was kann man besser machen?
- Wie machen es andere Länder?

Gruende fuer Foerderung Freier Software in D

- **- Monokulturen in der Softwarebranchen führen zu starken Verkrustungen und einer unflexiblen Struktur**
- **- Herstellerunabhängigkeit durch Offene Standards und quelloffene Verfügbarkeit**
- **- Reduzierung von Sicherheitslücken**
- **- Perspektiven für den produktiven Austausch zwischen den Verwaltungsebenen im Softwarebereich zum größtmöglichen finanziellen und organisatorischen Nutzen der beteiligten Behörden**
- **- Insbesondere Freie Software bietet hier noch nicht ausgeschöpfte Potenziale für rationale Beschaffungspolitik.**

Enquete 2003 - Erhebung (1)

- - "Erhebung zur Nutzung von Freier Software in der Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung"
- - In dieser Erhebung wurde erstmals quantitatives Zahlenmaterial aus den unterschiedlichen Verwaltungsebenen zusammengefasst und ausgewertet.
- - Darin wurde der Verbreitungsgrad von Freier Software abgefragt und der Planungsstand für zukünftige Investitionen in Open-Source-Lösungen ermittelt, sowie nach der Unterstützung des Bundes gefragt.

Enquete 2003 - Erhebung (2)

- - Die überwiegende Mehrzahl der Verwaltungen benutzt derzeit noch überhaupt keine OSS-Lösungen.
- - Der Verbreitungsgrad liegt, unabhängig des Einsatzgebietes, bei noch unter 10%.
- - Mehr als ein Viertel der Befragten will auf OSS migrieren und nur ein Fünftel lehnt dies grundsätzlich ab.
- - Die Mehrzahl der geplanten Einsatzfelder für OSS liegen im Serverbereich.
- - Stärkere Informationsvermittlung wird gewünscht

Das OSS-Kompetenzzentrum (1)

Auf gemeinsame Initiative der Bundesministerien des Innern (BMI), für Verkehr, Bau und Wohnungswesen (BMVWB) und des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) im März 2004 geschaffen worden.

Vorrangiges Ziel:

Eine Plattform für den Erfahrungsaustausch über den Einsatz von Open Source in der Verwaltung zu schaffen.

Das OSS-Kompetenzzentrum (2)

- - **Bestehende Ressourcen innerhalb der Bundesverwaltung sollen konzentriert und koordiniert dargestellt werden.**
-
- - **Hoher Informationsbedarf bei Behörden soll gestillt werden.**
-
- - **Als "virtuelles Kompetenzzentrum" bietet die Webseite eine Plattform für Interessierte aus den Verwaltungen.**
-
- - **Einige erfolgreiche Modellprojekte werden in der ersten Ausbaustufe mit den passenden Ansprechpartnern vorgestellt.**

Der Migrationsleitfaden (1)

"Leitfaden für die Migration von Basissoftwarekomponenten auf Server- und Arbeitsplatzsystemen"

Version 1.0 im Juli 2003 veröffentlicht / Version 2.0 wartet auf Freigabe

Mehr als 120.000 Downloads der deutschsprachigen Version

Englische Version verfügbar / Polnische Version geplant

Der Migrationsleitfaden (2)

Zielgruppen:

- - Mit der Planung und Umsetzung der IT-Strategien und -Vorhaben verantwortliche Entscheider.
-
- - IT-Verantwortlichen in den Behörden und Verwaltungen, welche die Entscheidungen umsetzen.

Der Migrationsleitfaden (3)

- - Es werden sowohl strategisch-wirtschaftliche als auch technische Entscheidungshilfen aufgezeigt.
- - In einer Bestandsaufnahme werden die üblicherweise in Behörden eingesetzten Systeme und Programme ausführlich beschrieben.
- - Alternativen werden mit einer Betrachtung der Vor- und Nachteilen der jeweiligen Lösungen vorgestellt.
- - Anhand von technischen als auch wirtschaftlichen Betrachtungen formuliert der Leitfaden Migrationsempfehlungen.

Und wo ist die Strategie?

- Man handelt sich von einer Massnahme zur nächsten - ohne Gesamtstrategie!
- (Virtuelles) Kompetenzzentrum ohne Personal!
- Innenministerium will Softwarevielfalt (im Zuge der Verwaltungsreform), um den Wettbewerb zu stärken und für faire Preise zu sorgen (-> Hat aber Probleme mit dem Beschaffungsrecht)
- Wirtschaftsministerium könnte Freie Software durch Wirtschaftsförderung stärken – macht aber nichts

IT- Wirtschaftsfoerderung in Deutschland

Das **media@komm** - eGovernment-Programm hat 30 Millionen für drei “Musterstädte” rausgeschmissen - Erfolg mehr als unklar.

Es gibt kein einziges Förderprogramm für Freie Software auf Bundesebene.

Das Land Baden Württemberg investiert 20 Millionen, um die Region rund um Stuttgart zur “Open Source Region” auszubauen.

-> Ansiedlungszuschüsse, Konferenzen, Workshops, Vermarktung

Was benoetigt wird:

Ganzheitliche Sicht auf Freie Software und Open Source: Open Source Kultur als moderne Art, mit Wissen umzugehen, etablieren!

-
- - Freie Software in die Schulen – damit die Schüler Alternativen zum Monopol kennenlernen.
- - Freie Software in die Öffentlichen Verwaltungen – für mehr Herstellerunabhängigkeit und nachhaltige IT-Infrastrukturen.
- - Freie Software in die Universitäten und Forschungseinrichtungen – um die Wissenschaft und den Forschernachwuchs auf den Paradigmenwechsel durch “Open Source” vorzubereiten.

Agenda 2010 fuer Freie Software? (1)

- - Politischer Wille muss erkennbar sein, um Open Source als Plus für den deutschen (europäischen) Standort zu sehen
- - Chance nutzen, dass sehr viele Freie Software Entwickler aus Deutschland kommen
- - Allerdings sind diese meist im universitären Bereich aktiv, wenig Neugründungen mit mehr als 15 Mitarbeiter
- - Gesamtstrategie ist ebenso wie Vernetzung und Koordination ressortübergreifend notwendig.
- - quantifizierbare und realistische Ziele müssen erarbeitet werden, die später überprüft werden können.

Agenda 2010 fuer Freie Software? (2)

Freie Software muss in einem Beschaffungsprozess in der Auswahl berücksichtigt sein

-> keine Diskriminierung - Minderheitenschutz bis auf gleicher Augenhöhe (Traut sich leider niemand)

--> Das ist keine Marktregulierung, sondern Anheizen eines Marktes (Markt noch nicht wirklich vorhanden)

--> Bei gleicher Eignung der Softwarelösung muss Freie Software bevorzugt werden

- IT- Regulierungsbehörde, um das Monopol abzubauen und den Wettbewerb zu stärken?

Schnelle Klärung notwendig:

- Dass eine Behörde überhaupt FS publizieren darf (kolab)
- > Verbreiten von Freier Software durch Behörden gilt als unerlaubter Eingriff in den Markt und ist keine Aufgabe einer Behörde
- Aber: Der Staat sollte ein Interesse daran haben, dass öffentlich finanzierte Software Freier Software sein muss,
 - > Daraus sollte kein proprietäres Produkt entstehen
 - > Derzeit: Verwertungsauftrag fuer proprietäre Firmen, die Software im Auftrag fuer Behörden erstellen
- Keine Softwarepatente in der EU ist konkrete und günstige Förderungsmöglichkeit der Freien Software Branche!

Nachhaltiger e-Government?

- Nachhaltige IT-Infrastrukturen und Verbraucherschutz sollten Leitlinien einer e-Governmentstrategie sein:
 - - Brauche ich zukünftig proprietäre Produkte, wenn ich e-Government machen will? Der Staat darf nicht vorschreiben, welche Software fuer e-Government genutzt wird (Wahlfreiheit der VerbraucherInnen)
 - - e-Government in Hessen setzt jetzt schon vollkommen auf Microsoft-Produkte – Ausschluss von Freier Software
 - - Stadt Mühlheim lädt andere Kommunen ein, gemeinsam Lösungen zu entwickeln und Kosten zu sparen

Wie machen es andere Staaten: Malaysia

Malaysia verwendet quantifizierbare und realistische Vorgaben, um Erfolg der “Open Source”-Massnahmen zu überprüfen:

-
- - 100% aller IT-Manager müssen die Vor- und Nachteile Freier Software kennen.
- - 50% aller IT-Fachkräfte in Behörden müssen Open Source zertifiziert oder geschult sein.
- - 100% aller Informatiklehrer müssen in Freier Software geschult sein

Wie machen es andere Staaten: Extremadura

- **Extremadura ist eine spanische Region.**
-
- **- Jeder der will, bekommt von der Regierung ein kostenloses Betriebssystem auf Basis von GNU/Linux und somit eine Möglichkeit, an der modernen neuen Technologie teilzunehmen.**
-
- **- Gleichzeitig wird damit eine Referenzplattform für e-Government-Lösungen entwickelt - auf Verbraucherseite!**
-

Wie machen es andere Staaten: Sued-Korea

- Eine ganz andere Form der Förderung:
-
- - Süd-Korea entwickelt “Open Source”-Comics in Mangaform, um Kindern und Jugendlichen die Open Source-Idee nahe zu bringen

Mehr Informationen?

mb@newthinking.de

www.netzpolitik.org

www.newthinking.de

www.bundestux.de

LinuxTag findet vom 22.-26. Juni in Karlsruhe statt:

www.linuxtag.org